

LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland
Postfach 21 40 · 50250 Pulheim

Datum und Zeichen bitte stets angeben

12.09.2016
88862-2015-Gis

Frau Dr. Gierschner
Tel 02234 9854-516
Fax 0221 8284-4583
sabina.gierschner@lvr.de

Mülheim an der Ruhr, Bergstraße 1-3, Heinrich-Thöne-Volkshochschule
Gutachten gemäß § 22 (3) 1 zum Denkmalwert gemäß § 2 DSchG NW

Ortstermin: 14.04.2015

Architekt: Dietmar Teich, nach einem Wettbewerbs-Entwurf der Architektengemeinschaft Seidensticker-Spantzel-Teich-Budde-Gutsmann-Jung, Essen

Baujahr: 1976-1979

Bauherr: Stadt Mülheim

Nutzung: Volkshochschule

Nach Auffassung des LVR-Amtes für Denkmalpflege im Rheinland liegen für die Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr die Tatbestandsvoraussetzungen zur Begründung des Denkmalwertes vor.

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule stellt ein Baudenkmal im Sinne des § 2 DSchG NW dar.

Der am 24. August 1979 eingeweihte Gebäudekomplex mit zugehörigen Außenanlagen ist nach mehrjähriger Planungszeit unter Federführung des Architekten Dietmar Teich, Essen, nach einem von ihm überarbeiteten Wettbewerbsentwurf der Architektengemeinschaft Seidensticker-Spantzel-Teich-Budde-Gutsmann-Jung, Essen, errichtet worden.

Geplant war ein 2. Bauabschnitt, doch gelangte nur der 1. Bauabschnitt zur Ausführung.

Wir freuen uns über Ihre Hinweise zur Verbesserung unserer Arbeit. Sie erreichen uns unter der Telefonnummer 0221 809-2255 oder senden Sie uns eine E-Mail an Anregungen@lvr.de



Besucherschrift: 50259 Pulheim (Brauweiler), Ehrenfriedstraße 19, Abtei Brauweiler
Bushaltestelle Brauweiler Kirche: Linien 961, 962 und **980**
Telefon Vermittlung: 02234 9854-0, Internet: www.denkmalpflege.lvr.de
USt-IdNr.: DE 122 656 988, Steuer-Nr.: 214/5811/0027

Zahlungen nur an den LVR, Finanzbuchhaltung
50663 Köln, auf eines der nachstehenden Konten

Helaba
IBAN: DE84 3005 0000 0000 0600 61, BIC: WELADEDXXX
Postbank
IBAN: DE95 3701 0050 0000 5645 01, BIC: PBNKDEFF370

Umfang des Baudenkmals

Der Denkmalumfang umfasst den gesamten über unregelmäßigem Grundriss errichteten, auf der Hangseite zur Bergstraße hin terrassierten Baukörper mit Platzfläche, die Freitreppenanlage, die auf der Treppenanlage befindliche Plastik „Bewegung und Gegenbewegung“ des Künstlers Karl Prasse, das Innere des Gebäudes mit der komplexen Raumdisposition (Forum mit abgehenden Subkommunikationszentren, allgemeinen und spezifizierten Kursräumen, Räumen für Verwaltung und Dozenten, den Treppenhäusern) sowie der, soweit vorhanden, bauzeitlichen Innengestaltung mit farbiger Kennzeichnung der einzelnen Geschoßebenen.

Lage und städtebaulicher Kontext

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule liegt am Hang auf der Westseite der Bergstraße, gegenüber der westlichen Innenstadtperipherie mit den städtischen Einrichtungen Rathaus, Stadthalle, Schwimmbad, Stadtbücherei und Marktplatz. Das Grundstück, auf dem der Gebäudekomplex der Volkshochschule Mülheim an der Ruhr errichtet werden sollte, befand sich größtenteils im Besitz der Stadt; nur das dort befindliche Kleingartengelände musste hinzuerworben werden.

Der Gebäudekomplex orientiert sich auf dem nach Norden, zum Ruhrtal abfallenden Gelände in Richtung Innenstadt und gewährt einen weitläufigen Ausblick über den Grünbereich der Ruhrwiesen zum Innenstadtbereich Mülheims mit seinen städtebaulichen Dominanten.

Südlich der Volkshochschule liegt an der Straßenkreuzung Bergstraße/Am Broich das Baudenkmal Schloss Broich in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Architektur des Neubaus reagiert auf den historischen Kontext insofern, als sie auf eine dominierende Schwerpunktbildung verzichtet und sich in der Höhenentwicklung zurücknimmt. Westlich von Volkshochschulgebäude und Schloss Broich erstreckt sich die Grün- und Freizeitanlage des MüGa Parks, an dessen Peripherie sich ehemalige Industriebauwerke befinden, die als Baudenkmale kulturellen Zwecken zugeführt wurden.

Baugeschichte

Am 12. Juni 1969 forderte der Kulturausschuss des Rates der Stadt Mülheim ein „Raumprogramm für das Bildungszentrum Ruhr“, womit ein eigenes Domizil für die Volkshochschule gemeint war. Bereits im Januar 1970 waren Planungsmittel zur „Bebauung Stadthallengelände und Wettbewerb für ein Haus der Bildung“ bereitgestellt worden, zudem wurde aus Mitgliedern des Kulturausschusses eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Wettbewerbs für die Einrichtung eines Hauses der Bildung und zur Erstellung eines Entwicklungsplanes für die Erwachsenenbildung berufen.

Zeitgleich veranstaltete auch die Volkshochschule Mülheim eine Umfrage über die Anforderungen, die aus Sicht von Wirtschaft, Verbänden, Vereinen und anderen

Trägern der Erwachsenenbildung an ein Haus der Erwachsenenbildung gestellt würden.

Im Mai 1970 fand ein öffentliches Hearing zu diesem Thema statt, als dessen Ergebnis folgende Forderungen der Teilnehmer schwerpunktmäßig aufgenommen wurden:

- „1. in einem solchen Haus sollten Arbeitsräume für spontan entstehende Arbeitsgruppen zur Verfügung stehen,
2. dass Arbeitsmittel auch für privates Weiterlernen zur Verfügung gestellt werden sollten, 3. Kurse und Arbeitskreise jederart im Hause stattfinden können - so müssten z. B. auch Räume für Gymnastik u. ä. zur Verfügung stehen - ,
4. das Haus bei Bedarf erweitert werden kann bzw. seine mögliche Erweiterung gleich miteingeplant werden soll,
5. Einrichtungen - wie ein Kindergarten - geschaffen werden sollten, so dass auch schon während des Tages Kurse für Mütter mit Kleinkindern stattfinden können.“

Als der Kulturausschuss im gleichen Jahr das Raumprogramm verabschiedete, entschied man sich als Standort des neuen Volkshochschulgebäudes für das Gelände am Schloss Broich. Man verwarf den alternativen Bauplatz City II am Hans-Böckler-Platz, um durch eine Anbindung der Volkshochschule an die Stadtbücherei und die Stadthalle ein neues kulturelles Zentrum an der Ruhr zu schaffen.

1972 wurden die Ausschreibungsbedingungen für einen begrenzten Architektenwettbewerb unter Berücksichtigung der in der Befragung und im Hearing gewonnenen Erkenntnisse und einer vorsichtigen Prognostizierung der Entwicklung der Erwachsenenbildung verabschiedet. Aus dem Architektenwettbewerb, an dem sich 4 Architektengemeinschaften beteiligt hatten, wurde durch ein unabhängiges Gutachtergremium der Entwurf der Architektengemeinschaft Dr. Ing. Seidensticker, Spantzel, Teich, Budde, Gutschmann, Jung und Partner für die Realisierung ausgewählt. Der Kulturausschuss „Haus der Erwachsenenbildung“ und der Kulturausschuss schlossen sich dieser Empfehlung an. Nach umfangreichen Besprechungen des Unterausschusses bezüglich der endgültigen Raumplanung wurde der erste Bauabschnitt 1975 beschlossen.

Der Wettbewerbsentwurf wurde von Dietmar Teich, Architekt BDA, bearbeitet, ihm wurde auch die Ausführungsplanung, die gesamte Bauleitung und die Federführung für die Ablaufplanung und Durchführung des Gesamtprojektes übertragen.

Am 19. November 1976 erfolgte die Grundsteinlegung zum Haus der Erwachsenenbildung, am 8. März 1979 wurde dem Haus vom Rat der Stadt endgültig der Namen Heinrich-Thöne-Volkshochschule verliehen, am 24. August 1979 konnte das Haus schließlich seiner Bestimmung übergeben werden.

Im Zeichen der Rezession geriet das Bauvorhaben in die politische Diskussion und das Bauprojekt „Haus der Erwachsenenbildung“ wurde zeitweilig auf dem Prüfstand gestellt. Die Opposition im Rat der Stadt vertrat die Auffassung, dass ein solches Gebäude in diesen Zeiten nicht zu realisieren sei, während die Mehrheitsfraktion der SPD angesichts der Bedeutung der Erwachsenenbildung und der gefassten Beschlüsse keinen Grund sah, ein für die Mülheimer Bürger so wichtiges Gebäude nicht zu realisieren.

Wesentliche charakteristische Merkmale

Der Baukomplex der Heinrich-Thöne-Volkshochschule stellt sich als gestaffelter, die topographischen Gegebenheiten nutzender Baukörper dar, der aufgrund des Geländegefälles ein-, zwei-, drei- und viergeschossig angelegt ist und von mehreren Eingangsebenen aus erschlossen wird.

Gestalterisch war für den Neubau die amorphe Bewegung des unmittelbar neben dem Baugrundstück liegenden Baudenkmals Schloss Broich maßgebend, so dass zugunsten einer differenzierten und zurückhaltenden Gebäudegruppierung auf eine dominierende Höhenentwicklung verzichtet wurde. Die gewählte Bauform sollte, ohne den historischen Wert des Schlossgebäudes zu stören, mit ihrer „vegetativen“ Form so transparent erscheinen, dass „gebaute Topographie“ nur durch ihre Raumbildung und Raumbeziehung zum Alten eine Einbeziehung spürbar werden lässt. Der terrassierte, flach gedeckte Baukomplex schmiegt sich „organisch“ an den Hang, kommuniziert über mehrere zur Nutzung vorgesehene Terrassen mit dem städtischen und architektonischen Umfeld und ist innen so angelegt, dass die der jeweiligen Situation angepassten Freiräume von jeder Stelle Kontakt- und Ein-sichtsmöglichkeiten erlauben.

Die Programmforderung nach größtmöglicher Kommunikation, Flexibilität und Multifunktionalität sowie lernen ohne Schulcharakter waren Grundlagen der Entwurfsgestaltung.

Das Zentrum und Herzstück der Anlage bildet das höhenmäßig stark differenzierte Forum, von dem aus eine direkte Verbindung zu fast allen Funktionsbereichen des Gebäudes möglich ist. Durch anschließende kleinere Platzbildungen in verschiedenen Höhenanordnungen sind Kommunikationsflächen geschaffen worden, die in unterschiedlichen Größen ein Verbindungsglied zu den einzelnen anschließenden Funktionsgruppen der verschiedenen Ebenen darstellen. So sind durch periphere Umlagerung des Forums kleinere Aktivzonen - auch mit der Cafeteria und ihren Ruhe- und Diskussionsplätzen - entstanden, die zu einem multifunktionalen Agoracharakter beitragen.

Durch das halbgesschossige Versetzen der anschließenden Ebenen gegenüber der Forumsebene werden die einzelnen Funktionsgruppen, durch ein Farbleitsystem unterstützt, optisch erkennbar und sind leicht auf kurzen Wegen zu erreichen.

Die Durchlässigkeit des Gebäudekomplexes in der Ost-West-Achse mit ihren Hauptzugängen von der oberen Ebene auf der Westseite und über die vorgelagerte terrassierte Treppenanlage von der unteren Ebene auf der Ostseite gestattet es dem Besucher, die Raumorganisationstrukturen schnell zu überschauen und sich im gesamten Bereich rasch zu orientieren.

Die über den verschiedenen Funktionsbereichen in unterschiedlichen Höhen liegenden Dachterrassen sind größtenteils begehbar und zu Außen-Unterrichtszwecken geeignet.

Die Kursräume sind entsprechend ihrer unterschiedlichen Nutzung in Gruppen zusammengefasst und funktionspezifisch angeordnet. Um den Charakter von Schul-fluren zu vermeiden, wurden Kursraum-Gruppen um Kommunikationsflächen ange-

ordnet, die mit Außenterrassen oder Freiräumen in Verbindung stehen, von denen aus man über das Ruhrtal hinweg die Stadtperspektive überschauen kann. Die Grundrissform der Kursräume sowie auch der übrigen Funktionsräume sollte eine vielfältige Möblierungsanordnung ermöglichen und einen nicht schulraummäßigen Eindruck vermitteln.

Der Zugang zu den Funktionsgruppen Gymnastik/Werken/Naturwissenschaften/Elektronik liegt gegenüber dem Eingang von der Bergstraße zum Forum um ein halbes Geschoss versetzt und ist über das in derselben Ebene angeordnete Foyer angebunden.

Eine von der Bergstraße erschlossene Platzbildung erlaubt die störungsfreie Anlieferung des Bedarfes für den Cafeteria- und Küchenbetrieb, für die Funktionsbereiche Werken sowie die Anfahrt für Krankenwagen und Feuerwehr.

Die vier unterschiedlich farbig gekennzeichneten Geschosse des Baukörpers nehmen jeweils folgende Funktionsbereiche auf.

Auf Ebene A, Orientierungsfarbe Gelb, befinden sich:

1. Gymnastikräume einschließlich der erforderlichen Nebenräume wie Geräteraum
2. Naturwissenschaftlicher Übungsraum mit den entsprechenden Neben- und Vorbereitungsräumen
3. Elektronik-Labor
4. Raumgruppe Werken – Holz, Metall mit Wasch- und Material-Lagerräumen
5. Foyer (bei Fertigstellung des 2. Bauabschnittes sollte dieser Raum aktiviert werden und die Sammelgarderobe für das Studio aufnehmen)
6. Deko Werkstatt (für 2. Bauabschnitt)
7. Kameraüberwachter Zugang (Windfang) für Behinderte, Aufzugsanlage
8. zentraler WC-Kern
9. Sanitätsraum
10. vier Kursräume, die um ein Subkommunikationszentrum gruppiert sind
11. Zufahrt von der Bergstraße – Anlieferung für Cafeteria sowie Material, Zufahrt für Krankenwagen und Feuerwehr.

Unter dieser Ebene befindet sich auch das Technikgeschoß, das bereits auch auf Bauabschnitt B ausgelegt wurde.

Der Ebene B mit der Orientierungsfarbe Rot wurden folgende Funktionsgruppen zugeordnet:

1. Hauptzugang von der Bergstraße über vorgelagerte Terrassen und Freitreppenanlagen
2. Pförtnerloge 1 im Windfangbereich mit Überwachungseinrichtungen einschließlich Behinderteneingang mit Kamera
3. Kasse, Anmeldung und Information
4. Zehn Dozenten- und Verwaltungsräume
5. Forum mit abgewinkelten Sitzrängen und Galerie-Ebenen sowie Cafeteria mit Bartheke und Sitznischen – Das Forum ist höhenmäßig stark differenziert, so dass sich kleinere und größere Raumbildungen ergeben, die als Diskussions- und Ruheplätze vorgesehen waren.
6. Küche und Vorratsraum für die Cafeteria

7. Zentraler WC-Kern
8. Kartenraum
9. Selbstlernzentrum, Sprachlabore, Medienzentrale
10. zwei Kursräume

Auf Ebene C mit der Orientierungsfarbe Grün befinden sich die Funktionsgruppen:

1. Direktorzimmer mit Vorzimmer
2. Raum für den stellvertretenden Direktor
3. Konferenzraum
4. ein Raum für Verwaltung
5. Informationszentrum, Zeitungsleseraum
6. Raum für Raumpflegerinnen
7. Zweite Forumsebene mit Galerie-Umgängen, Sitznischen und Kommunikationsflächen, Zugang zur unteren „Festterrasse“. Der zentrale Forumsbereich bietet durch seine starke Differenziertheit einen immer anderen Eindruck bei Veränderung des Besucherstandortes. Die über der unteren Forumsebene angeordnete „Festterrasse“ orientiert sich ebenfalls zur Innenstadt mit Blick über die Ruhr
8. Eingang vom oberen Bereich mit zweiter Pförtnerloge, in der Pförtnerloge Überwachungseinrichtungen für Technik, Feuermeldeanlage etc.
9. Fünf Kursräume
10. Zwei Räume für ein Pädagogisches Labor
11. Zwei Kinderspielräume mit Teeküche, Kindergarderobe und Kinder-WCs – separater Zugang zum Außenspielbereich
12. Zentraler WC-Kern mit Behinderten-WCs
13. Große, differenzierte Kommunikationsfläche, teilweise für Wechselausstellungen vorgesehen
14. Aufzugsanlage

Die Ebene mit der Orientierungsfarbe Blau weist folgende Funktionsgruppen auf:

1. Sieben Kursräume
2. Zwei Verwaltungsräume
3. Fotoatelier mit Unterrichtsraum und Dunkelkammer sowie vorgeschaltete Schleuse
4. Künstleratelier mit Freiterrasse
5. Zentralgarderobe
6. Zentraler WC-Kern
7. Putzmittelraum
8. Kommunikationsflächen, die sich zur oberen Freiterrasse orientieren. In dieser Ebene ist konchenartig eine „Festterrasse“ mit Ausblick über das Stadtbild einer Kommunikationsfläche vorgelagert.
9. Aufzugsanlage

Im Untergeschoß befinden sich das Technikgeschoß für das gesamte Projekt, also auch für den 2. Bauabschnitt, sowie Archivräume für die Verwaltung.

Obwohl das im 2. Bauabschnitt geplante Studio-Theater, das mit seinen Sitzrängen und der Zentralbühne zum Forum orientiert gewesen wäre, nicht zur Ausführung gelangte, war aufgrund des Konzeptes des Forumsbereiches die Nutzbarkeit gegeben. Bereits mit Vollendung des 1. Bauabschnittes konnten größere Veranstaltungen in einer architektonisch interessanten und durch die Höhendifferenzierung des Forums eindrucksvollen Umgebung stattfinden.

Die für den 1. Bauabschnitt relevanten technischen Daten wurden wie folgt angegeben:

Nettonutzfläche der Funktionsräume 4.800 qm, Verkehrsflächen 650 qm, Nebenräume 150 qm, Technikbereich 550 qm, begehbare Terrassenflächen 700 qm, Gesamtnutzflächen einschließlich Terrassen 6.900 qm, umbauter Raum 26.800 qm.

In der Aufsicht folgt die Figur des Gebäudekomplexes dem Windradschema, die Geschößgrundrisse weisen eine pentagonale Struktur auf, wodurch im Zusammenspiel mit der Geschosstaffelung der Baumasse eine „Entmaterialisierung“ des Volumens angestrebt wird.

Alle Gebäudeansichten weisen durch den konsequent durchtakteten Wechsel von Beton- und Fensterbändern eine dezidiert horizontale Gliederung auf, wobei in den Ansichten die Masse des Gesamtbaukörpers zu den Seiten hin abgestuft ausklingt. Nur die südliche Seitenfront weist noch die provisorische Fassade auf, so dass der Baukörper hier abrupt abgeschlossen scheint. Wäre der zweite Bauabschnitt realisiert worden, hätte der Baukörper auch auf der Schloss Broich zugewandten Seite einen abgestuften Abschluss erhalten.

Jeder Flügel des Gebäudekomplexes variiert grundriss- und geschößmäßig, wobei durchgängig verwendete Grundstrukturen die differenziert gestaffelte, sich in der Ansicht asymmetrisch präsentierende Baumasse zusammenhalten. Durch die sich wiederholenden Konstruktionselemente ist trotz des unregelmäßigen Grundrisses ein in sich homogen wirkender Gebäudekomplex geschaffen worden, der sich gestalterisch dem Diktat der Symmetrie entzieht. Auch den Außenbau strukturell prägende Details sind nicht symmetrisch angeordnet, sondern aus ihrer Funktionalität heraus entwickelt: Treppenhausschächte, die über die Flachdächer ragen, setzen mit ihren abgeschrägten Abschlüssen Akzente, die Beton-Pflanzkübel über dem Eingangsbereich an der Bergstraße sind halbrund ausgebildet und wirken wie massive Beton-Verdachungen. Auch die Abluftrohre aus Beton – in einer Schräge endende, geschlitzte Zylinder – ragen wie Plastiken anmutend aus dem Boden.

Auch wenn die Architektur der Volkshochschule keinen konventionell repräsentativen Akzent im Stadtraum setzen wollte, stellt die Außentreppenanlage mit ihren versetzt angeordneten Podesten, Pflanzkübeln und der Beton-Skulptur im städtebaulichen Kontext eine Dominante dar. Sie steht in der Tradition repräsentativer Freitreppenanlagen wie der Spanischen Treppe in Rom, der Potemkinschen Treppe in Odessa oder der Strudelhofstiege in Wien. Sie interpretiert die durch topographische Gegebenheiten bedingte Bauaufgabe Freitreppe neu und dokumentiert in Gestus und Formensprache die Zeitschicht der 1970er Jahre.

Das architektonische Konzept der Heinrich-Thöne-Volkshochschule, das vom Grundriss her optimal auf die Bauaufgabe abgestimmt ist, lebt von Gegensätzen: zur

Bergstraße hin zeigt der Baukörper durch die außen liegende Freitreppe Präsenz, leitet zur jenseits der Bergstraße liegenden Bebauung über, lädt die Menschen zum Besuch ein, zum MüGa-Park und Schloss Broich hin nimmt er sich zurück, wirkt unauffällig.

Wird mit der Freitreppenanlage der Stadtraum „in Szene“ gesetzt, übernimmt im Inneren das großzügig dimensionierte, differenziert angelegte Forum diese „repräsentative“ Aufgabe. Der multifunktionale Raum, der am Außenbau nicht ablesbar ist, dient zum einen als Foyer und bietet dem Besucher ein überraschendes Raumerlebnis. Das Forum empfängt den Besucher mit einer vielschichtigen Raumstruktur, deren Konstruktion offen liegt und deren einzelne Ebenen über eine mehrläufige Treppenanlage miteinander verbunden sind.

Das Forum, öffentlicher Raum und Kommunikationsort – ehemals draußen verortet – wird von der Architektur 1970er Jahre nach innen geholt und ist programmatisch besetzt. Das Forum soll einladen zur Begegnung, zur Kommunikation, zum Meinungsaustausch, zur Diskussion, auch bei Kaffee und Kuchen. Diese Tendenz ist ebenfalls beim Schulbau der 1970er Jahre festzumachen, etwa bei der ab 1973 von den Architekten Schneider-Wesseling und Haberer geplanten integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel: auch hier wird das Forum zum Dreh- und Angelpunkt des Gebäudekomplexes, dient es als pädagogisches Instrument, das Schule als „Gewächshaus für Heranwachsende“ interpretiert und das Kind in den Mittelpunkt stellt.

Begründung des Denkmalwertes

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr ist **bedeutend für die Geschichte des Menschen sowie für Städte und Siedlungen**. Den einzelnen Merkmalen, aus denen sich die Bedeutung des Objektes ergibt, ist die Kategorie des Geschichtlichen gemeinsam. Die Bedeutung des o. g. Objektes gründet sich auf seinen Wert für die Dokumentation der Bauweise der 1970er Jahre und der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die in dem Bautypus Volkshochschulgebäude und seiner Architektur zum Ausdruck kommen. Das o. g. Objekt ist in besonderem Maße geeignet, geschichtliche Entwicklungen aufzuzeigen und zu erforschen.

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr ist **bedeutend für die Geschichte des Menschen** als Zeugnis der Architektur der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und als Bautypus, dessen Konzeption explizit auf die Aufgabenstellung der Volkshochschule hin ausgerichtet ist und der als solcher sich erst Mitte des 20. Jahrhunderts entwickelte.

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule vermittelt anschaulich in gebauter Form die Umsetzung komplexer Inhalte und Ideen unserer Wertegemeinschaft und dokumentiert architekturhistorische Tendenzen der Nachkriegsarchitektur, die in weitestem Sinne unter dem Begriff „Moderne“ zusammengefasst werden können.

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr hat einen hohen Aussagewert für das Leben einer bestimmten Epoche – hier die Zeit der späten 1960er

und 1970er Jahre - sowie für deren politische, kulturelle und soziale Geschehensabläufe, die sie prägten und historische Alleinstellungsmerkmale darstellen.

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule ist **bedeutend für die Stadt Mülheim**, da sie einen besonderen Aussagewert für die Architekturgeschichte der Stadt an der Ruhr aufweist.

Der Baukörper der Heinrich-Thöne-Volkshochschule bezeugt den historischen Entstehungsprozess der Stadt Mülheim, indem er durch seine Anordnung und Lage in der Örtlichkeit, durch seine Gestaltung für sich allein und im Kontext mit den ihn umgebenden baulichen Anlagen den historischen Entwicklungsprozess in entscheidender Weise dokumentiert.

Die Kategorie des Geschichtlichen gründet vor allem in der Bedeutung der Heinrich-Thöne-Volkshochschule als Dokument für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die zur Entstehung des Gebäudekomplexes in den 1970er Jahren geführt haben. Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule ist seit Anbeginn der Grundpfeiler der Erwachsenenbildung und wichtiger Dienstleister für die Bürger/innen Mülheims. Seit dem 2. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts existierten in Mülheim erste Einrichtungen für Erwachsenenbildung. Damals konnten z. B. die häufig ungelernen Beschäftigten der Friedrich-Wilhelms-Hütte und anderer Unternehmen sich fortbilden, wodurch Ihnen eine Teilnahme am Gesellschafts- und Kulturleben der Stadt ermöglicht wurde.

Erst mit der Einweihung der Heinrich-Thöne-Volkshochschule im Jahr 1979 stand der Mülheimer Bürgerschaft eine Institution zur Verfügung, die dem Konzept des Erwachsenen als lebenslang Lernendem, wie es die 1971 von der nordrhein-westfälischen Landesregierung eingesetzte Planungskommission „Erwachsenenbildung und Weiterbildung“ postulierte, entsprach.

Für die Erhaltung und Nutzung der Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr liegen **wissenschaftliche, insbesondere architekturhistorische, zeit- und ortsgeschichtliche sowie städtebauliche** Gründe vor.

Die architekturwissenschaftlichen Gründe, welche zur Bewertung der Heinrich-Thöne-Volkshochschule als Baudenkmalwert beitragen, liegen darin begründet, dass die o. g. Volkshochschule in besonderem Maße zur Erforschung und Dokumentation der Baukunst der Nachkriegszeit, insbesondere der Architektur der 1970er Jahre, beiträgt und mit ihr ein anschauliches Dokument für diese Zeitschicht in Mülheim an der Ruhr gegeben ist.

Gestalterisch stellt das o. g. Gebäude ein qualitätvolles Beispiel für die Architektur der Nachkriegsmoderne, insbesondere der 1970er Jahre in der Bundesrepublik dar. Sowohl Grundrißstruktur wie die Gestaltung der Baumasse spiegeln Schlüsselbegriffe des „Demokratischen Bauens“ wie Kommunikation und Transparenz, Offenheit und Toleranz wieder, die die Architekturtheorie der Baukunst nach dem 2. Weltkrieg dominierten.

Die Stahlbetonskelettkonstruktion wird am Außenbau durch Betonbrüstungen aus Fertigelementen und Fensterbänder dominiert. Die Schichtung heller und dunkler „Bänder“ schafft einen lebhaften optischen Kontrast, sie strukturiert den Gebäudekomplex, hält das Bauvolumen zusammen und verleiht dem Baukörper ein homogenes Erscheinungsbild - trotz der Unregelmäßigkeit des Grundrisses und Verzichts auf Symmetrie.

In der Addition gleicher Bauteile taucht eine strukturalistische Tendenz auf, die sich in einer vielgestaltig gestaffelten Gesamtwirkung ausdrückt. Die Verwendung des 60-Grad-Rasters brachte darüber hinaus den Vorteil, dass sich aus der auf Grundlage dieses Konstruktionsprinzips entwickelten Figur mit ihrem polygonalen Grundriss am besten ein richtungsloses Raumkontinuum verwirklichen ließ, das von vornherein gewährleistete, dass kein Platz im Raum als privilegiert empfunden wurde. Allein das Forum als Ort der Muße und der Kommunikation hält die unterschiedlichen „Raumarme“ zusammen.

In der Architektursprache der Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim manifestieren sich die Gestaltansprüche einer Sprache der Moderne, die Leitmotive der Architekturtheorie des 20. Jahrhunderts darstellen.

Architektur soll sich nicht mehr auf einen Standpunkt hin fixieren und präsentieren, sie soll „in der Zeit“ wahrgenommen werden und aus vielen Blickwinkeln „erfahren“ werden. Das Erfinden und das Wahrnehmen von Architektur richtet sich nicht mehr auf abgeschlossene dreidimensionale Konzepte, sondern soll sich in der Annäherung an das Bauwerk, im Durchschreiten und Verlassen desselben, am vielfältigen Wechsel der Bilder ereignen. Der bisher statische, dimensional definierte Raum wird als dynamisch und „fließend“ aufgefaßt.

Die Moderne verabschiedet sich vom Prinzip „Last und Stütze“: Architektur soll nicht mehr primär das statische Wechselspiel zwischen Außen-Wand oder Pfeiler und Säule einerseits und der durch sie getragenen Auflast andererseits abbilden. Sie soll vielmehr die konstruktive und räumliche Freiheit und Dynamik anschaulich machen, die als Folge der neuen Baustoffe und ihrer phantasievollen Anwendung im Gefüge des Bauwerkes möglich wird.

Das Prinzip „Repräsentation“ erfährt eine Neuinterpretation: Architektur soll nicht mehr ein Anderes repräsentieren, vor allem nicht mehr Macht und Reichtum zur Schau tragen. Sie soll sich selbst darstellen, die architektonische Idee einer phantasievollen, konstruktiven, funktionalen und räumlichen Lösung der jeweils gestellten Aufgabe bildhaft realisieren.

Die „Fassade“ als formale Repräsentation wird zugunsten des Strukturprinzips aufgegeben. Der Baukörper wird nicht mehr nach einer oder mehreren öffentlichen Seiten ausgerichtet, sondern macht sein konstruktives, funktionales räumliches Gefüge in der Tiefe seiner räumlichen Zusammenhänge ganzheitlich sichtbar.

Werkstoffe finden Anwendung nach ihren jeweiligen eigenen Gesetzmäßigkeiten, auf Dekoration der Oberfläche wird verzichtet. Architektur offenbart das Zusammenspiel der Materialien, Metall, Holz, Stein und der nahezu unbegrenzt formbare Stahlbeton sollen im Kontrast zueinander stehen. Aufgesetzte Dekoration wird dabei nicht nur überflüssig, sondern stört das selbstbewusste Erscheinungsbild des jeweiligen Werkstoffes.

Architektur wechselt die Paradigmen ihrer Raumwirksamkeit, indem sie nach der Entgrenzung von Innen und Außen strebt. Nicht mehr die den Raum begrenzende Fläche ist Thema rhythmischer Gliederung, sondern der Raum selbst.

Architektur thematisiert nicht mehr nur abstrakte formale Ordnungen, sondern vor allem die konkreten, alltäglichen Lebensvorgänge und die natürlichen, vitalen, physischen und psychischen Bedürfnisse des Menschen und schöpft daraus die Idee für ihr Erscheinungsbild.

Folgt die Architektur der VHS MH allen relevanten Grundprinzipien der Moderne, greift

der Gebäudekomplex mit der Materialwahl, dem Streben nach Offenlegung der Konstruktion und der Staffelung von Bauvolumen stilistisch Prinzipien des „Betonbrutalismus“ auf. Im Ergebnis führt dies nicht nur zu einer plastisch-körperhaften, markante Formen evozierenden Architektur, sondern auch zur Schaffung eines Baukörpers mit skulpturalem Charakter, der bis heute sowohl seine funktionale wie ästhetische Gültigkeit bewahrt hat.

Die Nachkriegsmoderne ist seit längerem ein Schwerpunkt der baugeschichtlichen Forschung. Diese trägt erheblich zur Fundierung des Denkmalschutzes für die Bauten dieser Zeit bei - teilweise durchaus noch im Gegensatz zur Geringschätzung dieser Architektur durch die öffentliche Meinung.

Nachdem der Erkenntnisstand zur Baugeschichte der Nachkriegsmoderne der 1950er Jahre mittlerweile sehr hoch ist, zeichnet sich nun ein Forschungsbedarf zur folgenden Entwicklung der Moderne ab. Sowohl die zeitliche Abgrenzung der baugeschichtlichen Epochen wie auch die unterschweligen Verbindungen zwischen Nachkriegs- und Spätmoderne bedürfen weiterer Aufklärungsarbeit. Der Brutalismus als eine dieser Strömungen der Moderne wurde in den 1950er und 1960er Jahren zwischen seinem Ursprungskontext in Großbritannien und verschiedenen nationalen Architekturkontexten von den USA bis nach Japan als internationales Projekt verfolgt und in den 1960er und 1970er Jahren integrativer Faktor einer neuen internationalen Tendenz von Urbanität durch Dichte mit der Abkehr von der funktionellen Stadt und ihrer Funktionstrennung im Sinne Le Corbusiers. Im Kontext dieses Forschungsgebietes positioniert sich die Heinrich-Thöne-Volkshochschule als wichtiges Zeugnis dieser Strömung der Architektur der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland.

Institution und Bautypus

Die Bedeutung der Heinrich-Thöne-Volkshochschule liegt zudem im Bautypus Volkshochschule selbst begründet, dessen architektonische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Errichtung des ersten Volkshochschulbaus in Marl - gegründet 1946 unter dem Namen „die Insel“ - 1955 einsetzte. Die Erforschung und wissenschaftliche Aufarbeitung der Bautypologie Volkshochschule im Allgemeinen sowie deren Verortung im sozialhistorischen Kontext tragen nicht nur zur Dokumentation der Mülheimer Stadtgeschichte bei, sondern vermögen auch den Stellenwert der Erwachsenenbildung in einer sich nach dem Zweiten Weltkrieg neu konstituierenden, in den 1970er Jahren bereits konsolidierten Bundesrepublik zu vermitteln.

Im Kontext der Volkshochschulbauten, die in den Folgejahren in den Städten Nordrhein-Westfalens errichtet wurden – hier seien die Volkshochschulbauten in Marl, Essen, Duisburg, Düsseldorf und Köln genannt,- nimmt die Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr aufgrund ihrer räumlichen Lösung der Bauaufgabe und ihrer qualitativollen Architektur sowie ihrer außergewöhnlichen topographischen Einbettung eine besonders Stellung ein. Dem ausschließlich auf die Aufgabenstellung Volkshochschule zugeschnittenen Bau kommt Alleinstellungswert zu. Der progressive baukünstlerische Gestaltungsansatz, die bautechnisch solide Ausführung und das funktionell durchdachte Raumprogramm tragen dazu bei, dass der Gebäudekomplex auch heute noch eine gültige Lösung der Bauaufgabe Volkshochschule darstellt.

Die Erwachsenenbildung, seit 1945 zu dem am stärksten expandierenden Bildungsbereich in Deutschland zählend, weist ein hohes Maß an Pluralität und Dynamik auf, ist dabei aber unübersichtlich und in ihren Grenzen diffus.

Die Geschichte der Mülheimer Volkshochschule, exemplarisch für eine Entwicklung, wie sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts im gesamten Deutschland anzutreffen war, legt Zeugnis ab von einem kontinuierlichen Bemühen um die Arbeit der Erwachsenenbildung in der Stadt. Die Volkshochschule Mülheim wurde am 30. April 1919 gegründet und hatte ihr Domizil zunächst im heutigen Karl-Ziegler-Gymnasium. Im Schloß Broich verfügte Sie erstmals über eigene Räume.

Die Erwachsenenbildung gewann zu Beginn der Weimarer Republik in weiten Kreisen der Bevölkerung Anerkennung und Unterstützung. Die Arbeiterschaft wie auch die bürgerlichen Kreise betrachteten aus ihrer jeweiligen Perspektive und Interessenlage die Volksbildung als eine gesellschaftliche und kulturelle Bewegung, die dem Neuaufbau von Staat und Gesellschaft wesentliche Impulse zu geben in der Lage sei. So beteiligte sich die Arbeiterschaft, die der Volksbildung vor dem Kriege in Gestalt der bürgerlich-liberalen „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ noch distanziert gegenüberstand, nun aktiv an einem systematischen Aufbau der Erwachsenenbildung. Besonders der Teil der Arbeiterschaft, der an der Seite der jetzt staatstragenden Mehrheitssozialdemokratie stand, unterstützte die offizielle Parteilinie, die die Erwachsenenbildung als ein Mittel zur Demokratisierung der Gesellschaft und zur Stabilisierung des parlamentarischen Systems betrachtete.

Wesentliche Unterstützung erhielt die Erwachsenenbildung weiterhin von den bürgerlichen Schichten. Das Bürgertum sah in der Volksbildung angesichts eines kulturellen und zivilisatorischen Krisenbewusstseins eine Möglichkeit zur geistigen und nationalen Wiedergeburt. Ein solcher nationaler „Neuaufbau“ sollte sich in einer neuen „Volksgemeinschaft“ vollziehen, wobei die Illusion im Spiel war, dass es zu einer Versöhnung der verschiedenen Schichten und Klassen im Volke ohne tiefer greifende Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse kommen könnte.

Die vor 1933 sehr ausdifferenzierte Erwachsenenbildungslandschaft war von den Nationalsozialisten zerstört worden, die Erwachsenenbildung zum Instrument von Propaganda und Indoktrination, der bloßen Fachschulung oder der ablenkenden Unterhaltung verkommen.

Nach 1945 wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Militärregierung im Juni 1946 die Volkshochschule Mülheim als städtische Institution mit einem besonders dafür eingesetzten Vorstand neu ins Leben gerufen. Begonnen wurde mit der politologischen Vortragsreihe „Die Grundbegriffe des Völkerrechts und der Organisation des Weltfriedens“, was verdeutlicht, dass die Volkshochschule als eine „reeducation“ verbreitende und festigende Institution verstanden wurde. Sie sollte zur gesellschaftspolitischen und ideologischen Erneuerung beitragen und damit zur Überwindung des faschistischen Denkens der 1930er und 1940er Jahre.

Bereits wenige Jahre nach ihrer Gründung verfügte die Bundesrepublik Deutschland über ein plurales Erwachsenenbildungssystem mit sich stabilisierenden Strukturen. Diese manifestierten sich in der Etablierung (z. B. 1952 Bundeszentrale für Heimatdienst, heute Bundeszentrale für politische Bildung; 1953 Deutscher VHS-Verband; 1957 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung; 1957 Führungsakademie der Bundeswehr) und in der Zusammenarbeit (z.B. 1951 Deutsche Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben) unterschiedlicher Träger, Organisationen und Verbände.

Für die öffentliche Anerkennung der Erwachsenenbildung und ihre zunehmende Verwissenschaftlichung bedeutsam ist die 1957 gegründete Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes (PAS), aus der 1994 das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) hervorgegangen ist.

Aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik ist die landesspezifische Entwicklung der Erwachsenenbildung, bei Übereinstimmung in den Grundprinzipien, durchaus unterschiedlich verlaufen. Trotzdem gab es schon in den 1950er Jahren Initiativen zu einer Bund und Länder übergreifenden, bildungspolitischen Verständigung über die Erwachsenenbildung und deren Förderung. Bedeutsam dabei ist der 1953 einberufene Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, dessen Gutachten „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“ (1960) einen Meilenstein darstellt. Es begriff die Erwachsenenbildung als öffentliche Aufgabe, erkannte sie erstmals als wichtigen Bereich des Bildungswesens an, definierte die Erwachsenenbildung von der „ständigen Bemühung“ jedes Erwachsenen her, „sich selbst, die Gesellschaft und die Welt zu verstehen und diesem Verständnis gemäß zu handeln“, wandte sich gegen die Alternativen „Freiheit oder Bindung“ und „Ausbildung oder Bildung“ und lenkte den Blick auf die Bildungsbedürfnisse Erwachsener sowie auf die Legitimität allgemeinbildender *und* berufsbezogener Inhalte in der Erwachsenenbildung.

Die Entwicklungsgeschichte des Bautypus Volkshochschule selbst ist im Kontext mit historisch-gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Jahrzehnte nach 1945 zu sehen. Nach den eigentlichen Wirtschaftswunderjahren der Bundesrepublik in den 1960er Jahren, die durch breiten Wohlstand, Vollbeschäftigung und die naive Vorstellung, der wissenschaftliche Fortschritt werde die gesamte Menschheit in absehbarer Zukunft in ein irdisches Paradies führen, begann 1973 das Umdenken, als die Erdölkrise unvermittelt die „Grenzen des Wachstums“ aufzeigte. 1974 stagnierte die Entwicklung der Wirtschaft, 1975 war sogar ein Minuswachstum von 3,4 Prozent zu verzeichnen, während sich die Zahl der Arbeitslosen gleichzeitig auf 1,1 Millionen erhöhte.

Auch gesellschaftspolitische Veränderungen, die prägend für die 1960er Jahre waren, spiegeln sich in architektonischen Tendenzen wieder. Der Ruf nach mehr politischer Partizipation und sozialer Chancengleichheit wurde laut, Hausbesetzer und Bürgerinitiativen forderten Bürgerbeteiligung bei städtebaulichen Vorhaben und boten Großprojekten und Kahlschlagsanierungen Einhalt. Die Nierentisch-Architektur verschwand um 1960 so unvermittelt wie sie gekommen war. Statt der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ der Wiederaufbaujahre mit ihrer solitären Bebauung und dem hohen Grünflächenanteil wurde um 1970 „Urbanität durch Verdichtung“ propagiert.

Auch das Bildungswesen wandelte sich den Bedürfnissen der Zeit entsprechend und erfuhr, dem von Willy Brandt ausgegebenem Leitmotiv „mehr Demokratie wagen“, grundlegende Reformen. Dabei gab es vor allem im Bereich der Erwachsenenbildung entscheidende Anschläge.

Das Bundesland NRW verabschiedete 1974 das 1. Weiterbildungsgesetz, das am 1.1.1975 in Kraft trat mit der Zielsetzung, Weiterbildung als 4. Säule des Bildungswesens zu etablieren. Weiterbildung wurde kommunale Pflichtaufgabe, d. h. die Städte mussten Volkshochschulen einrichten. Auch Einrichtungen in freier Trägerschaft wurden ebenso wie die Volkshochschulen vom Land gefördert. Volkshochschulen wurden professionalisiert, d. h. mit hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit Verwaltungskräften ausgestattet. Es war Allgemeingut geworden, dass das erstmalige Erlernen eines Berufes nicht mehr für das ganze Leben reiche und lebenslanges Lernen aufgrund der raschen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklung unabdingbar sei.

Diese Bedeutung der Erwachsenenbildung erkannte der Rat der Stadt Mülheim 1975 dadurch an, dass die parlamentarische Betreuung der Weiterbildung durch einen eigenen Ausschuss, nämlich den Weiterbildungsausschuss, erfolgte. Die Weiterbildungsarbeit in diesen Jahren erforderte die Erledigung umfangreicher Aufgaben. So entstand ein Weiterbildungsentwicklungsplan, der auch die Zusammenarbeit mit anderen Trägern vorsah.

Die Satzung der Volkshochschule wurde verabschiedet. Damit wurden demokratische Gremien geschaffen, die die Hörer und Dozenten in die Arbeit der Volkshochschule einbezogen.

Die Wertschätzung von Erwachsenenbildung sollte sich jedoch auch in adäquater räumlicher Ausstattung widerspiegeln, denn Erwachsenenbildung begriff sich am Ende der 1950er Jahre - nicht zuletzt aufgrund des Fehlens eigener Räumlichkeiten, geschweige eigener Häuser - als „Stiefkind des deutschen Wirtschaftswunders“. Beklagt wurde, dass Volkshochschulen in der Öffentlichkeit als Provisorium erschienen angesichts des Zustandes einer nur „behelfsmäßigen Unterbringung“.

Welche unzulänglichen Arbeitsbedingungen die Erwachsenenbildung Anfang der 1950er Jahre vorfand, verdeutlicht ein Bericht des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens, der auch die Situation in Nordrhein-Westfalen trifft: Beklagt wird, dass ein nicht unerheblicher Teil der Veranstaltungen in - besonders für Jugendliche - fragwürdigen Gaststättenräumen durchgeführt werden müsse. Und selbst bei Schulräumen, die für Erwachsenenbildung nur mit Unbehagen angeboten

werden könnten, gäbe es viele ernsthafte Schwierigkeiten: „Besonders in den Volkshochschulen ist die Bestuhlung für zu klein, dadurch treten schnell Ermüdungserscheinungen auf, die den Unterrichtsablauf erschweren. Selbst bei Schulen, die über Räume mit guter Bestuhlung verfügen, werden oft den Volkshochschulen völlig ungeeignete Räume zugewiesen, um die besseren Räume zu 'schonen'.“ Ungemach bereite zudem, dass an den Schulen nachmittags die Heizungen abgeschaltet würden, so dass „die Hörer mit Mänteln im Unterrichtsraum sitzen und noch frieren“. Auch brächten „vollgeschriebene Tafeln mit dem Hinweis „stehen lassen“, das unerlässliche Rauchverbot, das nicht zu überhörende Klingelzeichen ... jeden Mitarbeiter in Verlegenheit.“ Für Arbeitsgemeinschaften sei die rigide Begrenzung der Raumverfügbarkeit bis meist 21:30 Uhr nur schwer hinnehmbar, doch die Schulverwaltungen seien nicht bereit, „den Hausmeistern eine längere Überstundenvergütung zu gewähren.“

Auf die allort unzufriedenende Lage reagierte in Nordrhein-Westfalen der damalige Kultusminister Paul Mikat 1964 mit einer „Denkschrift über den Ausbau der Erwachsenenbildung im Lande Nordrhein-Westfalen“. Aus einer in der Denkschrift zitierten 1963 erfolgten Erhebung geht der kümmerliche Versorgungszustand der 247 festgestellten Abendvolkshochschulen in NRW mit eigenen Häusern oder Räumlichkeiten nachdrücklich hervor. Demnach verfügten nicht einmal 20 % der Volkshochschulen über eigenverantwortlich genutzte Räumlichkeiten.

Ein Grund für diesen schlechten Ausbau institutioneller Strukturen bis weit in die 1960er Jahre war nicht zuletzt, dass Erwachsenenbildung noch in den 1960er Jahren in erster Linie „nur“ als kulturelle Aufgabe sowohl von den Erwachsenenbildnern als auch von den Bildungspolitikern gesehen wurde. Erwachsenenbildung verstand sich im Sinne einer personalen Bildung primär als „Nothilfe“ und später dann als „Lebenshilfe“, mit der einer „den entbildenden Mächten der Zeit geschuldeten Orientierungslosigkeit“ entgegengearbeitet werden sollte. Am 8. Januar 1955 eröffnete der damalige Kultusminister des Landes NRW, Werner Schütz, den ersten Volkshochschulneubau der Nachkriegszeit in Marl.

Charakterfeste und werterfüllte Persönlichkeiten mit demokratischer Haltung und einem klaren Verhältnis zum Gemeinwesen und darüber hinaus zu Volk und Staat, dies waren die Zielsetzungen der Erwachsenenbildung. Diesen Zielsetzungen zufolge ging es bei den Begründungen für den Bau von Häusern für die Erwachsenenbildung darum, sie als „Stätten der Begegnung und Besinnung in der Weise partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Bildnern und Teilnehmern“ einzufordern. Demnach wäre Erwachsenenbildung nur zweckgerecht in Häusern möglich, die „a) Raum für partnerschaftlichen Umgang mündiger Menschen bieten und in ihrer Einrichtung von jeder Gängelei frei sind, b) mitmenschlichen Kontakt ermöglichen (Notwendigkeit von Klub-, Aufenthalts- und Gesprächsräumen), c) zu meditativem Verweilen einladen (hinreichende Behaglichkeit der Räume, Sessel, und Stühle statt Schulbänke), d) jede Uniformität im Baukörper, in der Raumgestaltung und Innenarchitektur vermeiden und den Erwachsenen immer als solchen sich fühlen lassen, e) die Atmosphäre des Heimes ausstrahlen, für Geselligkeit, Gastlichkeit und Lebensfreude genügend Anlässe bieten, ... f) schließlich ist das eigene Haus der Erwachsenenbildung so zu gestalten, dass jeder auf intensive Weiterbildung bedachte Erwachsene hier seinem Beruf, seinem Bildungsstand, und seinem Bildungswillen entsprechende Ein-

richtung vorfindet,, die geschmackvoll, aber nicht luxuriös, einfach, aber nicht ärmlich und primitiv, kontakthanregend, aber nicht auf „Vergesellschaftung“ bedacht ist.“ Diese Vorgaben, die auf strukturelle Notwendigkeiten von Volkshochschulgebäuden verweisen, wurden bei der Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr auf vorbildliche Weise gelöst.

Auch aus städtebaulichen Gründen kommt der Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr Bedeutung zu.

Der Baukörper erscheint als Baugruppe ohne strenge Symmetrieachsen und fügt sich mit seiner gestaffelten, dezidiert horizontalen Akzentuierung der Baumasse – der vertikale Akzent wird mit dem Motiv des Forums ins Innere des Baukörpers verlegt - organisch den topographischen Gegebenheiten an. Mit dem benachbarten historischen Gebäude und Baudenkmal Schloß Broich, dem sich die Heinrich-Thöne-Volkshochschule vom gestalterischen Ansatz her als wesensverwandt erweist, bildet der Baukomplex aus den 1970er Jahren eine harmonische Einheit.

Darüber hinaus bildet die Synthese aus mittelalterlicher und moderner Bebauung an der Westseite der Bergstraße zusammen mit der gegenüberliegenden Stadthalle, zu der der Baukörper der Volkshochschule über die Bewegung der Freitreppenanlage einen Übergang schafft, ein einzigartiges städtebauliches Ensemble, dem hoher Identitätswert für die Mülheimer Stadtbaukunst und die Stadt selbst zukommt.

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr ist aus ortshistorischen Gründen von Bedeutung, da schon die Benennung „Heinrich-Thöne-Volkshochschule“, für die man sich erst kurz vor der Eröffnung der Institution entschieden hatte, gänzlich im Kontext Mülheimer Geschichte steht, die sukzessive Demokratisierung des politischen Lebens in den Nachkriegsjahren dokumentiert und programmatisch für die Bildung demokratischer Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Als der Bauantrag 1974 eingereicht wurde, lautete die Bezeichnung des Bauprojektes noch „Haus der Erwachsenenbildung“ (HDE). Erst am 8. März 1979, noch vor der offiziellen Einweihung am 24. August 1979, wurde der Einrichtung vom Rat der Stadt der endgültige Name Heinrich-Thöne-Volkshochschule verliehen.

Der Name erinnert an den ehemaligen Oberbürgermeister von Mülheim Heinrich Thöne. Er wurde am 28. November 1890 als Sohn eines Zollbeamten in Bocholt geboren und erlernte nach dem Besuch der Volksschule den Beruf des Formers. Im Alter von 17 Jahren wurde er Mitglied der Metallarbeitergewerkschaft, mit 23 Jahren trat er in die SPD ein. Im gleichen Jahr - 1913 - fand er eine Anstellung bei der Friedrich Wilhelms-Hütte in Mülheim an der Ruhr, wo er 1921 zum Betriebsrat gewählt wurde und später zum Vorsitzenden dieses Gremiums aufstieg. Von 1922 bis 1929 engagierte er sich als Funktionär des Metallarbeiterverbandes. 1929 wurde er zum Stadtverordneten sowie Fraktionsführer der SPD gewählt und widmete sich fortan ganz der Kommunalpolitik. Er gab seinen Beruf als Former auf und wurde Geschäftsführer des Ortsausschusses der „Freien Gewerkschaft“. Als die SPD unter seiner Führung im März 1933 den Antrag der Ehrenbürgerschaft Hitlers im Rat der Stadt ablehnte, wurden er und seine Partei von der politischen Mitwirkung ausge-

schlossen. Als Gewerkschafter und SPD-Funktionär war er in den Jahren von 1933 bis 1945 ein politisch Verfolgter, wurde mehrfach inhaftiert und musste zeitweilig bei Freunden untertauchen.

Nach dem Ende des NS-Regimes war er Mitglied des Bürgerausschusses (1945) und wurde 1946 in die von der Militärregierung ernannte Stadtvertretung berufen. Am 13. Oktober 1946 (erste Kommunalwahl nach 1945) wählte man ihn zum Stadtverordneten und Fraktionsvorsitzenden der SPD. Als Bürgermeister fungierte er zunächst als Stellvertreter des damaligen Oberbürgermeisters Wilhelm Diederichs (CDU), bevor er schließlich am 18. November 1948 selbst zum Stadtoberhaupt gewählt wurde. Dieses Amt bekleidete er fünf Legislaturperioden lang und damit länger als jeder andere Mülheimer Oberbürgermeister.

Zu seinen größten Verdiensten zählen der Wiederaufbau der in Trümmern liegenden Stadt, die Erweiterung des Sport- und Freizeitangebots, sowie der Ausbau des kulturellen Lebens in Mülheim. Dem Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen während der in Mülheim sehr früh beginnenden Montankrise, begegnete er mit einer ersten Wirtschaftsförderung, die vor allem in Richtung Ausbau des Handels zielte.

Heinrich Thöne starb am 12. Juni 1971 in Mülheim an der Ruhr, doch als Namensgeber der Volkshochschule Mülheim bleibt er den Mülheimern immer noch in Erinnerung.

Die in den 1970er Jahren errichtete Heinrich-Thöne-Volkshochschule stellt als Erwachsenenbildungsinstitution einen Höhepunkt der bildungspolitischen Aufgabe Erwachsenenbildung in Deutschland dar und zeugt von kultureller Kompetenz, die sich in Gestalt und Struktur der Architektursprache der 1970er Jahre manifestiert.

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule in Mülheim an der Ruhr stellt ein Baudenkmal im Sinne des § 2 DSchG NW dar, an dessen Erhaltung und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht.

Quellen und Literatur:

Akte Bauaufsicht Stadt Mülheim a. d. Ruhr, Bergstr. 1-3

Franz Pöggler, Neue Häuser der Erwachsenenbildung. Ratingen 1959

Norbert F. B. Greger, In historischer Umgebung neues Leben: Volkshochschule. Gründung – Entwicklung – Bedarf und Angebot im Wandel der Zeit. In: Mülheim an der Ruhr, Jahrbuch 1976, S. 57-67

Mülheim an der Ruhr, illustrierter stadtspiegel, august 1979, S. 2-5

Heinrich-Thöne-Volkshochschule der Stadt Mülheim an der Ruhr, 24. August 1979, S. 1-23 Zur Eröffnung der VHS MH am 24.08.1979

Jubiläum – 75 Jahre Volkshochschule 1919-1994

Die Heinrich-Thöne-Volkshochschule wird 90 – VHS-Geschichte(n)

Volker Otto, Klaus Sentzky, Volkshochschule in der Großstadt. Dokumentationen zur Geschichte der Erwachsenenbildung. Bad Heilbrunn/Obb. 1983

Jürgen Pahl, Architekturtheorie des 20. Jahrhunderts. München, London, New York 1999

Josef Olbrich, Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland. Opladen 2001

Paul Ciupke, Bernd Faulenbach, Franz-Josef Jelich, Norbert Reichling (Hg.), Erwachsenenbildung und politische Kultur in Nordrhein-Westfalen. Themen – Institutionen – Entwicklungen seit 1945. Essen 2003

Franz-Josef Jelich, „Besonders in den Volksschulen ist die Bestuhlung für Erwachsene zu klein“. Die Forderung nach Neubauten für die Volkshochschulen. In: Paul Ciupke, Bernd Faulenbach....Essen 2003, S. 217-224

Ralf Lange, Architektur und Städtebau der sechziger Jahre. Planen und Bauen in der Bundesrepublik und der DDR von 1960 bis 1975. Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz Band 65, Bonn 2003

Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, Zwischen Scheibe und Wabe – Verwaltungsbauten der Sechzigerjahre als Denkmale. Wiesbaden 2012

Klötze und Plätze – Wege zu einem neuen Bewusstsein für Großbauten der 1960er und 1970er Jahre. Bonn 2012

Im Auftrag

Dr. Sabina Gierschner
Oberkonservatorin

Anlage: Lageplan und Fotos (10 Blatt)